

Moshe Zuckermann (Hrsg.), Antisemitismus, Antizionismus, Israelkritik (Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte, Bd. XXXIII), Wallstein Verlag, Göttingen 2005, 442 S., kart., 44,00 €.

Die Fragen, mit denen sich die 33. Ausgabe des Tel Aviver Jahrbuchs für deutsche Geschichte beschäftigt, sind auch nach über sechs Jahren von drängender Aktualität. Einen der Schwerpunkte bildet die Diskussion um den „neuen Antisemitismus“. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts schien dieses Neue nicht nur darin zu bestehen, dass sich judenfeindliche Einstellungen auch unter EU-Bürgerinnen und -Bürgern, deren Eltern oder Großeltern nicht aus Europa stammten, feststellen ließen, sondern dass diese Judenfeindschaft von ihrer Haltung zum Nahost-Konflikt nicht zu trennen war. In ihren Beiträgen reflektieren Helga Embacher, Siegfried Jäger und Juliane Wetzel den mittlerweile fast vergessenen Skandal um die 2003 zunächst unter Verschluss gehaltenen Studie „Manifestations of Antisemitism“ der Europäischen Beobachtungsstelle für Rassismus und Xenophobie (EUMC). Die historische Entstehung des sogenannten neuen Antisemitismus untersuchen unter anderem Klaus Hödl/Gerald Lamprecht, Volker Weiß und Moshe Zimmermann. Dass nicht jede Ablehnung eines jüdischen Staats in Palästina antisemitisch war, daran erinnern Jack Jacobs und Yoav Palad am Beispiel osteuropäischer Jüdinnen und Juden, die in den 1920er und 1930er Jahren den Zionismus aus marxistischer Perspektive kritisierten.

Während diese historischen Darstellungen nach wie vor Gültigkeit beanspruchen können, offenbaren andere Beiträge ein grundsätzliches Dilemma. In ihnen versuchen die Autorinnen und Autoren, für die Gegenwart eine klare Grenze zwischen einer zulässigen Kritik an der Politik bestimmter israelischer Regierungen, im Titel des Jahrbuchs „Israelkritik“ genannt, und dem Antisemitismus zu ziehen. Diese Beiträge zeigen jedoch, inwieweit jeder Versuch, „den Nahost-Konflikt“ kurz und scheinbar objektiv darstellen zu wollen, eine Wertung impliziert. Es mag noch dem Zeitpunkt der Veröffentlichung geschuldet sein, dass die Bedrohung Israels durch Iran allein von Esther Webman und Moshe Zimmermann erwähnt wird – eine Dimension des Nahost-Konflikts, die für andere Beiträge so wenig eine Rolle spielt wie die Charta der Hamas. Webman ist die Einzige, die sich mit der Weltanschauung von al-Qaida auseinandersetzt – wohingegen sich gleich mehrere Beiträge zum „war on terror“ positionieren.

Insoweit es im Tel Aviver Jahrbuch XXXIII um Antisemitismus geht, konzentrieren sich die Beiträge auf dessen Wurzeln in Europa. Helga Embacher, Werner Bergmann und Wilhelm Heitmeyer untersuchen den Antisemitismus des 21. Jahrhunderts im Zusammenhang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit. Linke und Liberale, die beanspruchen, aus „der Vergangenheit gelernt“ zu haben, und die sich grundsätzlich als antirassistisch verstehen, täten sich schwer, so Embacher, Judenfeindschaft bei Muslimen in Europa wahrzunehmen. Am Beispiel Österreichs zeigen Klaus Hödl/Gerald Lamprecht, wie traditionelle antisemitische Vorstellungen nach 1945 fortwirken und benutzt wurden, die Politik Israels scheinbar zu erklären und einen Zusammenhang zur Jüdischen Gemeinde in Österreich zu konstruieren, während man sich gleichzeitig offiziell von Judenfeindschaft distanzierte. So stand 2003 in der österreichischen Tageszeitung „Die Presse“: „Es hat den Anschein, als leiteten Israel und das offizielle Judentum – nicht ‚die Juden‘! – aus der Shoah das Privileg einer weltpolitischen Sonderstellung ab“.

Bei der Entstehung des antizionistischen Antisemitismus spielte die radikale Linke eine besondere Rolle, wie Gerhard Hanloser und Volker Weiß zeigen. Was Teile der außerparlamentarischen Linken nach dem Sechs-Tage-Krieg 1967 über Israel und den Zionismus behaupteten, enthielt zu dieser Zeit schon die zentralen Motive der ‚neuen‘ Israel-Feindschaft. Ein auffälliges Motiv ist die wiederholte Gleichsetzung von Israel mit dem nationalsozialistischen Deutschland. Israel galt nicht nur als die Inkarnation des „Faschismus“, der mit allen Mitteln zu bekämpfen sei, sondern zugleich als ein

illegitimer Staat, der sich unrechtmäßig das Gebiet Palästina angeeignet und die arabische Bevölkerung unterjocht hatte. Dabei richtete sich der Antizionismus von militanten Gruppen wie den „Tupamaros Westberlin“ oder den Revolutionären Zellen (RZ) sowohl gegen Israel als auch gegen jüdische Einrichtungen und Jüdinnen und Juden in Europa. 1969 legten die „Tupamaros Westberlin“ im Jüdischen Gemeindehaus in Berlin eine Bombe, die bei einer Gedenkveranstaltung an die Reichspogromnacht am 9. November explodieren sollte. In ihrem Bekennerschreiben begründeten die Tupamaros ihr Vorgehen folgendermaßen:

„Jede Feierstunde in Westberlin und in der BRD unterschlägt, daß die Kristallnacht von 1938 heute täglich von den Zionisten in den besetzten Gebieten, in den Flüchtlingslagern und in den israelischen Gefängnissen wiederholt wird. Aus den vom Faschismus vertriebenen Juden sind selbst Faschisten geworden, die in Kollaboration mit dem amerikanischen Kapital das palästinensische Volk ausradieren wollen.“

Hanloser verweist zur Erklärung auf die „philosemitische Neigung der postnazistischen deutschen Gesellschaft“, die es „keineswegs anstößig fand, Israel durch Vergleiche mit der Kriegsführung des ‚Dritten Reiches‘ Komplimente machen zu wollen“. Aber dieser gesellschaftliche Kontext kann den Antizionismus der Neuen Linken nur bedingt erklären. Denn beide Strategien verfolgen das gleiche Motiv: die Shoah zu relativieren, die Schuld und Erinnerung abzuwehren. Nur warum wollten auch die ‚68er‘ die Erinnerung abwehren, wenn sie gleichzeitig die NS-Vergangenheit ihrer Elterngeneration skandalisierten? Das grundsätzliche Problem wird daran deutlich, dass innerhalb der außerparlamentarischen Linken der Anschlagversuch der „Tupamaros Westberlin“ zwar als terroristisch, aber kaum als antisemitisch kritisiert wurde. Sieben Jahre später, 1976, trennten die RZ bei der „Landshut“-Entführung die jüdischen von nicht jüdischen Passagieren. Erst 1992 kamen die RZ zu der Erkenntnis: „Der linke Antizionismus ist keineswegs so unschuldig, wie er sich gibt“.

Die Gleichsetzung von Zionismus mit Nationalsozialismus ist ebenfalls ein wiederkehrendes Motiv bei der Judenfeindschaft in der arabischen Welt. Anhand ägyptischer Tageszeitungen demonstriert Esther Webman eine paradoxe Haltung, mit der Irans Präsident Mahmud Ahmadinedschad heutzutage westliche Beobachterinnen und Beobachter verwirrt. Wie Ahmadinedschad leugneten ägyptische Intellektuelle und Medien einerseits den Holocaust, andererseits benutzten sie den Nationalsozialismus als Symbol des Bösen, wenn sie Israel mit NS-Deutschland gleichsetzten. Diese Dämonisierung des Zionismus und – implizit oder explizit – der jüdischen Bevölkerung im Nahen Osten bestand bereits vor der Staatsgründung Israels. Webman zitiert den prominenten ägyptischen Intellektuellen Ibrahim ‘Abd al-Qadir al-Mazini, der 1946 schrieb: „Hitler was the student of the Jews, and learned from them about racism“, und: „we Arabs are paying the price now“. Moshe Zimmermann behandelt die konkrete Zusammenarbeit zwischen den Nationalsozialisten und zum Beispiel dem Mufti von Jerusalem, Amīn al-Husainī, vor 1945. Für Zimmermann sind die Palästinenserinnen und Palästinenser, die „leicht die Grenze zwischen antiisraelischer und antisemitischer Denkweise und Handlungspraxis“ überschritten hätten, auch Opfer einer Instrumentalisierung, nämlich „des Palästinathemas durch die Nationalsozialisten“. Zimmermanns Formulierung „Antisemiten instrumentalisieren Araber, Araber instrumentalisieren Antisemitismus“ ist einerseits griffig und schön. Andererseits verwischt sie den Unterschied zwischen der Instrumentalisierung von Menschen und dem Gebrauch von Wörtern und Denkweisen. Die Formulierung „instrumentalisieren Antisemitismus“ legt ein Verständnis nahe, der Antisemitismus in der arabischen Welt wäre anders als in Europa ein Mittel zu einem ganz anderen Zweck. Nur zu welchem?

Webmans und Zimmermanns Beiträge stellen im Tel Aviver Jahrbuch Ausnahmen dar. Ganz grundsätzlich kommt die Geschichte des Nahost-Konflikts vor der Staatsgründung Israels, vor 1948 zu kurz. Dabei wäre ein Vergleich mit der Zeit vor 1948 ein einfacher Test, was im Nahost-Konflikt Ursache und was Wirkung ist. Moshe Zuckermann plädiert hingegen im Vorwort dafür, als „Grundmatrix“ anzuerkennen, dass Israel „„macht-, gewalt- und herrschaftspolitisch objektiv die Rolle des Unterdrückers zukommt“. Diese Sichtweise läuft darauf hinaus, den Nahost-Konflikt geografisch auf Israel und Palästina zu beschränken und historisch mit dem Sechs-Tage-Krieg anzusetzen. Doch haben mehrere Untersuchungen gezeigt, dass die Feindschaft der Araber gegen Juden im britischen Mandatsgebiet Palästina bereits Ende der 1920er Jahre „von antisemitischen Feindbildern überformt“

wurde, die aus Europa übernommen wurden. 1929 kam es im britischen Mandatsgebiet Palästina zu einem Pogrom, das über zwei Wochen andauerte und bei dem über 100 Jüdinnen und Juden ermordet wurden. Die Gewalt der Araber richtete sich in Hebron und Safed gegen jüdische Gemeinden, die bereits vor dem 19. Jahrhundert bestanden. Es ist außerdem bemerkenswert, dass die Kommunistische Partei Deutschlands, die den Judenhass ablehnte, die pogromartigen Ausschreitungen im britischen Mandatsgebiet Palästina begrüßte, weil sie in ihnen den Auftakt zu einer arabischen Aufstandsbewegung sehen wollte. 1932 setzte die KPD in ihrer einzigen Erklärung zum Thema, „Kommunismus und Judenfrage“, Zionismus mit dem deutschen Faschismus gleich. Das heißt, die Argumentationsmuster, die Volker Weiß für die radikale Linke nach 1967 herausarbeitet, bestanden in Grundzügen in den 1920er Jahren. Die Entwicklung dieses Antizionismus vor 1933 müsste aufgearbeitet werden. Denn zu seiner Erklärung können die Motive des sekundären Antisemitismus – Erinnerungsabwehr, Relativierung der Shoah – so wenig herangezogen werden wie die Politik irgendeiner israelischen Regierung.

Nach Moshe Zuckermanns Editorial erscheinen die Beiträge, die sich mit den verschiedenen Verbindungen von Antisemitismus und Antizionismus beschäftigen, ohnehin eher als Pflichtübungen. Zuckermanns eigentliches Anliegen scheint eine Kritik am israelischen Staat zu sein, dem man keinen Antisemitismusvorwurf machen kann. Sein 2010 veröffentlichtes Buch „Antisemit! Ein Vorwurf als Herrschaftsinstrument“ nährt Zweifel, ob es Zuckermann überhaupt noch ernsthaft um eine Kritik des Antisemitismus nach 1945 geht. Auch wenn es für einen linken jüdischen Israeli politisch am dringlichsten geboten sein mag, die Regierung des eigenen Landes zu kritisieren, greift Zuckermanns Versuch, die Besetzung der palästinensischen Gebiete im Sechs-Tage-Krieg als zentrale Ursache zu setzen, für eine historische Erklärung des Nahost-Konflikts zu kurz. Es ist überhaupt nicht gesichert, dass ein Rückzug Israels auf das Territorium von vor 1967 oder ein unabhängiger palästinensischer Staat zur Folge haben würden, dass in den arabischen Staaten oder weltweit die Feindschaft gegen den Staat Israel zurückginge.

Eine tiefergehende Beschäftigung mit den verschiedenen Formen der Judenfeindschaft nach 1945 würde berechtigte Zweifel daran aufkommen lassen, ob es so leicht möglich sei, sich mit dem Nahost-Konflikt auch auf „nicht-projektive, nicht-instrumentelle und nicht-propagandistische“ Weise auseinanderzusetzen, wie John Bunzl meint. Man kann zwar diese Hoffnung hegen. Doch anders als Bunzl schreibt, steht die arabische „Feindschaft gegen Israel“, bei der die Juden „als europäisch, westlich, fremd, nicht-arabisch, nicht-islamisch, namentlich aber als repressiv gegenüber den Palästinensern“ wahrgenommen werden, nicht im Widerspruch zum europäischen Antisemitismus. Im Gegenteil, wie im Beitrag von Moshe Zimmermann nachzulesen ist: Der Antizionismus der Nationalsozialisten basierte auf der Vorstellung, dass „Juden“ „unfähig“ wären, „einen Staat aufzubauen und zu erhalten“, wie Hitler bereits in „Mein Kampf“ ausgeführt hatte. „Juden“ galten den Nationalsozialisten als auch zu westlich, fremd und nicht „verwurzelt“. Der nationalsozialistische Ideologe Alfred Rosenberg verwies in seinem Pamphlet „Der staatsfeindliche Zionismus“ darauf, dass die autochthone Bevölkerung Palästinas von „dem Juden“ unterdrückt werde.

Bei dem Beitrag von Georg Kreisl fragt man sich, warum ausgerechnet er am Anfang des Jahrbuchs steht. In der Antisemitismusforschung hat sich die Einsicht etabliert, dass man den antizionistischen Antisemitismus unter anderem an der Gleichsetzung von Israel und NS-Deutschland erkennen kann. Kreisl hingegen hält weiterhin Gedankenspiele darüber für legitim, „inwiefern im heutigen Konflikt Israel zu einem Täter wird, dessen Taten (nicht in allen Konsequenzen, aber doch in einigen Zügen) an die nationalsozialistischen Judenverfolgungen erinnern“. Er beruft sich dabei auf einen Holocaust-Überlebenden und bekennt freimütig: „Als Nichtjude und Nichtisraeli ist man zuweilen froh, wenn man für israelkritische Auffassungen eine jüdische und israelische Stimme als Beleg anführen kann, weil man dies nicht vorschnell als antijüdisch, antisemitisch, antiisraelisch abtun kann“. Diese Art Begründung ist oft zu hören. Allerdings beweist die Tatsache, dass ein Überlebender der Shoah durch ein Ereignis an die Vernichtungslager erinnert wird, nicht, dass zwischen diesem Ereignis und der Shoah ein wesentlicher Zusammenhang besteht.

Sechs Jahre nach der Veröffentlichung des Tel Aviver Jahrbuchs für deutsche Geschichte XXXIII befindet sich die arabische Welt in einem ungeahnten Umbruch. Eine der zentralen Fragen, die sich nach

den Revolutionen in Ägypten und Tunesien stellen, lautet: Wird der Nahe Osten nach dem Sturz der alten Machthaber friedlicher als bisher – oder werden sich die Konflikte verschärfen? Auf diese Fragen lassen sich im Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte von 2005 nur sporadisch Antworten finden. Auch die Frage, ob die politische Linke in Deutschland und Israel für die vielfältigen Probleme im Nahen Osten Lösungsperspektiven formulieren kann, bleibt nach der Lektüre offen. Die Hamburger Antizionisten, die 2009 die Vorführung des Films „Warum Israel“ von Claude Lanzmann gewaltsam verhinderten und die Zuckermann in „'Antisemit!' Ein Vorwurf als Herrschaftsinstrument“ dafür ausdrücklich lobt, spielen bei diesen wie auch anderen Fragen hoffentlich keine Rolle mehr.

Olaf Kistenmacher, Bremen

Zitierempfehlung:

Olaf Kistenmacher: Rezension von: Moshe Zuckermann (Hrsg.), Antisemitismus, Antizionismus, Israelkritik (Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte, Bd. XXXIII), Wallstein Verlag, Göttingen 2005, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 52, 2012, URL: <<http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81382>> [2.7.2012].